



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: **Postulat von Rosmarie Brunner-Ritter, SVP Fraktion: Sicherheit in den Gefängnissen des Kantons Basellandschaft**

Autor/in: [Rosmarie Brunner-Ritter](#)

Mitunterzeichnet von: --

Eingereicht am: 24. Juni 2010

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Innerhalb von 2 Wochen wurden in den Untersuchungsgefängnissen Arlesheim und Sissach und auch im "Waaghof" des Kantons Baselstadt von Gefängnisinsassen Feuer gelegt. Es erschreckt und ist unverständlich, dass diese Leute in den Zellen rauchen dürfen und Zündhölzer oder Feuerzeuge auf sich haben. Auch wenn es darunter starke Raucher und stark "psychisch auffällige" Häftlinge hat, die mit Zigaretten laut der SID etwas beruhigt werden sollten. Es macht anscheinend immer mehr Schule in der ganzen Schweiz, damit Ausschaffungen oder Gerichtsverhandlungen auf diese Weise hinausgezögert werden können. Die geprellten sind die Steuerzahler, welche die Schäden schlussendlich zu berappen haben.

Gefährdet sind vor allem Unschuldige, wie Gefängniswärter, Polizisten und Feuerwehrleute, welche bei einem Brand sofort intervenieren müssen und sich damit in grosse Gefahr begeben. Das hat sich auch im UG Sissach bestätigt, mussten doch zwei dieser Helfer nebst den zwei Insassen ins Spital gebracht werden. Wo bleibt da der Opferschutz?

Gefängnisse sind öffentlich rechtliche Gebäude und auch hier sollte der Nichtraucherchutz seine Gültigkeit haben, an den sich seit dem 1. Mai 2010 jeder unbescholtene Bürger und Bürgerin zu halten haben. Es darf nicht sein, dass für Gefängnisinsassen andere Gesetze gelten. Auch wenn eine Zelle laut Bundesgesetz als Privatsphäre gelten soll, ist das nicht nachvollziehbar, denn auch die Wärter und andere Gefängnisbetreuer müssen als Passivraucher diese Zellen immer wieder betreten.

Wir haben erst kürzlich erfahren, dass es kein Menschenrecht auf rauchen gibt.

Ich bitte die Regierung eine Vorlage auszuarbeiten, welche die bestehenden reellen Gefahren in unseren Gefängnissen, im Hinblick vor allem auch für unschuldige Gefängnisbetreuer, Polizisten und Feuerwehrleute auf ein Minimum zu reduzieren und die Sicherheit so zu gewährleisten, dass solche Ereignisse, bevor Menschenleben zu beklagen sind, nicht mehr passieren können.